

Der freie Wohnungsmarkt in Wien im Jänner und Februar. Der Wohnungsnachweis der Stadt Wien wurde, wie berichtet, am 2. Jänner anlässlich des Erlöschens des Wohnungsanforderungsgesetzes eingeführt. Nun liegen die Zahlen über die Vermietungen, die Wohnungstausche und Wohnungsumschreibungen für die Monate Jänner und Februar vor. Zieht man einen Vergleich mit den beiden ersten Monaten des Jahres 1925, so zeigt sich, dass unter der gebundenen Wohnungsbewirtschaftung die Zahl der Familien, die ihr Wohnbedürfnis befriedigen konnten, etwas grösser war. So wurden beim städtischen Wohnungsnachweis im Jänner und Februar 1926 insgesamt 2967 Wohnungsveränderungen angezeigt; im Jänner und Februar 1925 hat jedoch das Wohnungsamt der Stadt Wien 3389 Wohnungsveränderung bewilligt. Im Jänner und Februar 1925 wurden vom Wohnungsamt 1610 Tauschansuchen bewilligt, beim städtischen Wohnungsnachweis sind im Jänner und Februar 1926 nur 403 Wohnungstausche angemeldet worden. Die Zahl der Wohnungsumschreibungen im Jänner und Februar 1926 war 760; das Wohnungsamt hat im Jänner und Februar 1925 insgesamt 677 Ansuchen um Bewilligung einer Wohnungsumschreibung erhalten, von denen 210 wegen Bedenklichkeit abgelehnt werden mussten, die übrigen 467 wurden genehmigt. In den Monaten Jänner und Februar 1925 hat das Wohnungsamt 1312 Wohnungen zugewiesen, in den zwei ersten Monaten dieses Jahres wurden beim städtischen Wohnungsnachweis 1804 Vermietungen angemeldet.

Interessant sind die Zahlen für den Monat Februar. Es wurden beim städtischen Wohnungsnachweis 1388 Wohnungsveränderungen angezeigt. Davon wurden 817 Wohnungen als vermietet, 280 als getauscht, 267 als umgeschrieben, 7 als leer, 11 als unbewohnbar und 6 als nicht wieder vermietbar angemeldet. Von den verbleibenden 1364 Mietparteien sind 1254 österreichische Staatsbürger, 110 Ausländer. Nur 156 Mieter waren beim Wohnungsamt als bedürftig vorgemerkt, das sind bloss 11 1/4 Prozent. Was die Wohnungstypen anlangt, so wurden im Februar 209 Kabinette, 111 Wohnungen, bestehend aus Kabinett und Küche, 518 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, 254 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche, 105 Wohnungen, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, 95 Wohnungen, bestehend aus zwei Zimmern, Kammer und Küche, 33 Wohnungen, bestehend aus drei Zimmern und Küche, 27 Wohnungen, bestehend aus drei Zimmern, Kammer und Küche, 11 Wohnungen, bestehend aus vier Zimmern und Küche, 11 Wohnungen, bestehend aus vier Zimmern, Kammer und Küche, 3 Wohnungen, bestehend aus fünf Zimmern mit Nebenräumen, 6 Wohnungen, bestehend aus fünf Zimmern, Kammer und Nebenräumen, 4 Wohnungen, bestehend aus sechs Zimmern und Nebenräumen und eine Wohnung mit acht Zimmern samt Nebenräumen, angemeldet.

Kochvortrag im städtischen Gaswerk. Der für Mittwoch nachmittags im Vortragssaal der Wiener städtischen Gaswerke, VIII. Bezirk, Josefstädterstrasse Nr. 10, anberaumte Vortrag "Wie kocht man auf Gasgeräten rasch, billig Wiener Hausmannskost" entfällt.

Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. April beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und ein Abendweissnähhkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weiters werden in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10, zweimal wöchentlich Abendkochkurse abgehalten.

Zum ersten Male ist die Zahl der in diesem Jahre auf den städtischen Bauten unmittelbar Beschäftigten auf mehr als zehntausend angestiegen. Die Gemeindeverwaltung kann eine so grosse Zahl von Arbeitern natürlich nur infolge ihres grossen Wohnbauprogrammes beschäftigen; entfallen doch von den in der letzten Februarwoche unmittelbar auf allen Gemeindebaustellen tätig gewesenen 10.035 Arbeitern, nicht weniger als 8756 allein auf die städtischen Wohnhausbauten. Diese Zahl wird schon in aller kürzester Zeit stark anwachsen, da in wenigen Wochen die städtische Wohnhausbautätigkeit im vollen Umfang einsetzen wird. Aber schon jetzt wird in vielen Betrieben fast ausschliesslich für die Gemeinde gearbeitet, wobei insbesondere die grossen Bestellungen für die Gemeindebauten ausschlaggebend sind. So schafft die Gemeinde durch ihr grosses Wohnbauprogramm vielen tausenden Familien Arbeit und Verdienst und zugleich vielen Tausenden Wohnungsbedürftigen ein vorbildliches Heim.

Um auf den Arbeitsmarkt belebend einzuwirken, hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in den ersten sechs Wochen für fast zwölf Millionen Schilling Arbeiten an die Privatindustrie vergeben, die erst viel später ausgeschrieben hätten werden sollen. Diese Vergebungen werden nun mit der grössten Beschleunigung fortgesetzt, was daraus hervorgeht, dass auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Siegel abermals für fast sieben Millionen Schilling neue Bestellungen hinausgegeben wurden. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres hat also der technische Ausschuss des Wiener Gemeinderates für rund neunzehn Millionen Schilling Lieferung und Aufträge an die Privatindustrie übertragen! Von besonderer Bedeutung für unsere Industrie sind dabei die Lieferung und Montierung von Schlössern für die städtischen Sommerbadeanstalten, von Fussbodenmaterial für die städtischen Wohnhausbauten (mehr als 1 1/2 Millionen Schilling), von Erdkabel für die elektrische Strassenbeleuchtung, von zweitausend Tonnen Betonrunden für die städtischen Wohnhausbauten, von 20.000 Kilogramm Gas- und Wasserleitungsrohre von Bautischlerarbeiten, von 15.000 Stück Aufhängebügel für Colonia Kehrriechkübel, umfangreiche Tonplattenlieferungen, die Vergebung einer Entwässerungsanlage für die neue Friedensbrücke, von Wasserleitungseinrichtungen, Malerarbeiten, einer Röntgenanlage im Erweiterungsbau des Brigittaspitals u. s. w.

Auf Verfügung des Bürgermeisters haben auch die städtischen Wohlfahrtsanstalten mit der grössten Beschleunigung alle für das laufende Jahr notwendigen Betriebsmittel bestellt. Es handelt sich um Aufträge an die Privatindustrie von rund zwölf Milliarden Kronen, die hauptsächlich Einrichtungsgegenstände, Wäschesorten, Kleider u. s. w. betreffen.

Auch die städtischen Unternehmungen haben heuer bereits für mehr als zehn Millionen Schilling Bestellungen an die private Industrie vergeben und so erheblich zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die industrielle Bezirkskommission hat bekanntlich der Gemeinde Wien für das Jahr 1926 einen Beitrag von zwanzig Milliarden Kronen aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge zugesprochen. Trotz der umfangreichen und früher niemals erreichten Investitionstätigkeit der Gemeinde, hat das Ministerium für soziale Verwaltung die Ausfolgung dieses Beitrages an die Gemeinde verweigert. Die Gemeindeverwaltung wird ihren Rechtsanspruch auf einen Beitrag aus den Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge weiter aufrechterhalten, umso mehr als es sich hier keineswegs um Gelder des Bundes, sondern um einen Fonds handelt, zu dem die Gemeinde Wien selbst vier Prozent, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 42 Prozent und die Bundesregierung nur 12 Prozent beisteuert. Bei derartig umfangreichen Bestellungen, wie sie keine andere Stelle auch nur annähernd vollzieht, ist die Verweigerung eines Zuschusses aus den Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge völlig unverständlich und auch nicht aufrechtzuerhalten.